

Kleine Anfrage 3617

des Abgeordneten Péter Vida (fraktionslos)

an die Landesregierung

Umsiedlungssituation Bereiche Stadt Welzow

Die Stadt Welzow ist durch die bergbauliche Tätigkeit des Unternehmens LEAG in besonderem Maße betroffen. Neben den nicht zu leugnenden positiven Einflüssen auf die Entwicklung der Stadt Welzow ist die Ungewissheit in Bezug auf eine mögliche Umsiedlung des Ortsteiles Proschim und des Welzower Wohngebietes V und Teilen des Liesker Weges für die dortigen Bewohner ein Zustand, der im Sinne der Betroffenen nicht länger hinnehmbar ist. Teilweise sind die Einwohner der betroffenen Siedlungsgebiete schon seit mehr als 30 Jahren der Möglichkeit einer Umsiedlung ausgesetzt.

Eine Laufzeitverlängerung des Tagbaues Welzow-Süd, räumlicher Teilabschnitt I, führt auch nicht zu einer Beschleunigung der Entscheidung zu möglichen bergbaubedingten Umsiedlungen. Es ist zwingend eine zeitnahe Entscheidung herbeizuführen, ob im Zuge der Weiterführung des Tagebaues Welzow-Süd Teilabschnitt II Umsiedlungen erforderlich sind.

Die Einwohner in den betroffenen Siedlungsgebieten können, schon allein von der Altersstruktur her, nicht auf eine Entscheidung im Jahr 2020 wie vom Bergbaubetreiber LEAG kommuniziert, warten. Hinzukommt, dass diese Entscheidung aufgrund der Laufzeitverlängerung des räumlichen Teilabschnittes I des Tagebaues Welzow-Süd nicht zwingend zu erwarten ist.

Die dort wohnenden Bürger haben ein Recht, kurzfristig eine zeitnahe Aussage zur Perspektive ihrer Lebensgestaltung zu erhalten. Durch die ungeklärte Dimension der Weiterführung des Tagebaues Welzow-Süd im Teilabschnitt II sowie der nicht geklärten Frage der bergbaubedingten Umsiedlungen ist es für die Stadt Welzow sehr schwer, Arbeitsplätze durch die Ansiedlung von Gewerbe in den dafür geschaffenen Gewerbegebieten zu generieren. Hierzu ist zu erwähnen, dass diese Investition durch die Investitionsbank des Landes Brandenburg zu fast 100% gefördert wurde und die Maßnahme maßgeblich auf Betreiben des damaligen Bergbaubetreibers Vattenfall begonnen wurde.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Möglichkeiten bestehen seitens des Landes Brandenburg, auf eine zeitnahe Terminaussage einzuwirken?

2. Welche Möglichkeiten werden noch gesehen, den Bewohnern der in Rede stehenden Gebiete eine verlässliche Zukunftsaussage zu geben?
3. An Immobilien in den betroffenen Gebieten sind immer wieder notwendige Instandhaltungsarbeiten erforderlich, die oft auch auf einem hohen Niveau durchgeführt werden, d. h. keine Minimalreparaturen. Wer übernimmt diese Kosten, falls es doch relativ überraschend zu einer Inanspruchnahme dieser Gebiete durch die LEAG kommt und sich diese somit als nutzlose Aufwendung erweisen?
4. Der umgekehrte Fall zu Frage 3. wäre, dass die Immobilienbesitzer aufgrund der Ungewissheit ihre Anwesen nicht mehr pflegen. Falls es generell nicht mehr zu einer Inanspruchnahme dieser Flächen kommt, wer kommt dann für den Wertverlust der Immobilien aufgrund mangelnder Instandhaltung auf?
5. Wie soll sich die getätigte Investition von mehr als 4 Mio. Euro für die Ertüchtigung der Gewerbegebiete amortisieren, wenn aufgrund der unklaren Gesamtsituation kaum Ansiedlungsinteresse besteht?